

Milchviehhalter-Wahlprüfsteine zur Hessischen Landtagswahl 2018

Wir, die Milchviehhalter in Hessen und Deutschland, haben an die Politik wichtige Zukunftsfragen. Einmal mehr hat sich aktuell ein deutlicher Veränderungsbedarf in der Agrarmarktpolitik herausgestellt und bestätigt. Nach mehreren innerhalb weniger Jahre auftretender Milchmarktkrisen macht uns Milchbäuerinnen und Bauern die in vielen Regionen herrschende Trockenheit, die sich mehr und mehr in eine Dürreperiode wandelt, wirtschaftlich und psychologisch schwer zu schaffen. Unsere Betriebe sind durch die Folgen der Milchmarktkrisen wirtschaftlich nicht in der Lage gewesen, finanzielle Reserven aufzubauen.

Wir tierhaltenden Betriebe sind nun erneut auf staatliche Hilfen angewiesen, nur damit können notwendige Futterzukäufe, die zur Überbrückung der Dürrefolgen notwendig sind, in aller Regel bewerkstelligt werden. Auch für uns Milchviehhalter eine mehr als unbefriedigende Situation. Die Agrarmarktpolitik muss zukünftig dahingehend so ausgestaltet werden, dass wieder wirtschaftliche Reserven gebildet werden können, dem Grundsatz unserer Vorfahren gemäß, ist das Drei-Ernten-Gesetz anzustreben: Eine Ernte auf dem Halm, eine in der Scheune und eine Ernte auf dem Bankkonto! Das liest sich vielleicht altbacken, aber nur damit können wir unsere Betriebe wirtschaftlich nachhaltig weiterentwickeln und die Phasen zunehmender Klimaveränderungen ohne den sich regelmäßig wiederholenden Ruf nach staatlichen Hilfsprogrammen bestehen. Wir distanzieren uns in aller Form von Berufsstandsvertretern, die sich gebetsmühlenartig jeglicher Einbringung des Staates in die Märkte verwehren, bei jeder Unbill des Marktes und der Witterungseinflüsse nach Hilfen vom Staat rufen.

I. Milchmarkt

Die regelmäßig wiederkehrenden Milchmarktkrisen haben nachhaltig negative wirtschaftliche Folgen für die Milchviehbetriebe. Das momentan uns von der Molkereiwirtschaft zugestandene durchschnittliche Milcherzeugerpreisniveau von rund 32 Cent je Kilogramm Milch lässt aufgrund stark steigender Futterkosten nicht einmal eine Kostendeckung der Milcherzeugung zu. Für fällige Tilgungsraten zur Rückführung der laufenden Investitions- und Liquiditätsdarlehen, eine Rücklagenbildung für Zukunftsinvestitionen und Risikovorsorge oder der Aufbau einer entsprechenden Altersversorgung ist nicht ansatzweise zu denken.

Aufgrund strukturell vorhandener Milchüberschüsse werden von der Molkereiwirtschaft in regelmäßigen Abständen bestehende Milchkaufverträge aufgekündigt. Im Biomilchbereich gibt es eine ganze Reihe von Abnahmevereinbarungen, bei denen den Biomilchbauern nur der Preis für konventionell erzeugte Milch zugestanden wird. Nach wie vor ein großes Problemfeld ist die sehr schwache Marktstellung der Milchviehhalter, auch in Hessen. Im Sachstandsbericht des Bundeskartellamtes wurden die Defizite deutlich aufgezeigt.

Einer Bankrotterklärung gleich kommt die von der EU-Kommission an den Tag gelegte Auslagerungspraxis der während der vergangenen Milchkrise eingelagerten exorbitanten Mengen an Magermilchpulver gleich. Mit einem Erlös, der rund ein Drittel unter den Gestehungskosten liegt, wird versucht, die nach wie vor exorbitanten Interventionsbestände abzubauen. Das ist eine Verschwendung von Steuergeld von immensem Umfang, zudem verhindern die Interventionsbestände noch heute eine schnellere Markterholung.

Fragen:

1. Wie steht Ihre Partei nach den Erfahrungen aus den vergangenen Milchmarktkrisen den Forderungen der Milchviehhalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengengrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen gegenüber?
2. Sieht Ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage in Marktkrisenphasen alleine in der Branche?
3. Wie stehen Sie zur Gründung von Branchenverbänden/-organisationen? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müsste eine entsprechende Branchenorganisation Milch zugesprochen bekommen?
4. Wie sieht Ihre Partei die Haltung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, in Milchmarktkrisenphasen den bisher vorhandenen Instrumenten des EU-Sicherheitsnetzes sowie einer Modernisierung der Lieferbeziehungen zu vertrauen?
5. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?

II. Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP 2020)

Die Diskussionen um die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik 2020 und der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) werden intensiv geführt. Der BDM e.V. sieht im Zusammenhang mit der GAP 2020 die Möglichkeit, die Landwirtschaft nachhaltig fit zu machen für die zahlreichen Aufgaben und Herausforderungen der Zukunft. Es geht um die Zukunft vitaler ländlicher Räume, Schaffung von Wertschöpfung und den Erhalt von vielen Arbeitsplätzen.

Mit der bisherigen starken Konzentration der GAP auf die Verteilung von Agrargeldern wird weder die schon in den römischen Verträgen genannte Zielsetzung, ein entsprechendes Pro-Kopf-Einkommen der landwirtschaftlichen Bevölkerung für eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten, noch eine Stabilisierung der Märkte erreicht. Aus Sicht des BDM muss zunächst mit der Weiterentwicklung der GMO hin zu wesentlich stabileren Märkten die Möglichkeit geschaffen werden, das Haupteinkommen aus dem Verkauf der Produkte erzielen zu können. Nur wenn hier wichtige Reformschritte unternommen werden, kann man die GAP 2020 so gestalten, dass die vielfältigen Ziele der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik erreicht werden. Die Bäuerinnen und Bauern haben dann den finanziellen Spielraum, tiefgreifende Veränderungen der GAP nicht nur mitzutragen, sondern auch umzusetzen.

Fragen:

1. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2020 neben der langfristigen Sicherung der Agrargelder vor allem auch mit deutlichen Veränderungen in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu befassen?
2. Wie bewertet Ihre Partei den vorliegenden Vorschlag der Kommission zur Weiterentwicklung der GAP 2020?
3. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie die GAP 2020 sozial gerechter gestaltet werden kann und die besonderen Leistungen der Tierhalter für die Vitalität der ländlichen Räume mehr Anerkennung erhalten?

4. Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder/Direktzahlungen gelöst werden können?
5. Gibt es in Ihrer Partei Gedanken, wie der mit der Beantragung der Agrargelder verbundene sehr große Bürokratie- und Kontrollaufwand abgebaut werden kann?
6. Welche Überlegungen gibt es in Ihrer Partei, den Erhalt von Agrargeldern zukünftig mit konkret zu benennenden Leistungen der Landwirtschaft für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zu verknüpfen?

III. Wahrheit und Klarheit bei der Produktkennzeichnung

Analogkäse in Fertigprodukten, Kunstfleisch aus dem Labor, Zugeständnisse an die USA zum verstärkten Import von Eiweißfuttermitteln, das sind nur einige der besorgniserregenden Entwicklungen auf dem Ernährungssektor.

In Zeiten zunehmender Sensibilisierung eines größer werdenden Teils der Verbraucher und der Medien sollte eine Herkunftsbezeichnung aller für ein Fertigprodukt verwendeter Herstellungsbestandteile eine Selbstverständlichkeit sein. Es grenzt an Verbrauchertäuschung, wenn als Herkunft eines Produkts nur die Stätte des letzten Verarbeitungsschritts angegeben, nicht jedoch die Herkunft der einzelnen Bestandteile des Produkts gekennzeichnet werden muss. Jede Initiative der Milchviehhalter für ein klares Kennzeichnungsrecht ist jedoch bisher am Widerstand der Molkereiwirtschaft und ihrer nahestehenden Verbände gescheitert. Eine hochwertige Vermarktung der Milchprodukte ist nur dann möglich, wenn deren Zutaten hochwertig sind und die Verbraucher entsprechendes Vertrauen in die Produkte setzen können.

Frage:

1. Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?

IV. Tierwohl

Die Debatten um mehr Tierwohl sind in vollem Gange, neben einer Vielzahl von Labeln drängt der Lebensmittelhandel die Urproduzenten zur Akzeptanz unterschiedlicher firmeneigener Programme. Sogar die Jugendorganisation des Deutschen Bauernverbandes fordert ein gesetzliches Verbot der Anbindehaltung für Rinder. Die Umsetzung der Anforderungen ist sehr oft mit größeren Investitionen in die Haltungssysteme verbunden.

Fragen:

1. Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der anvisierte Umbau der Haltungssysteme zu mehr Tierwohl finanziert werden?
2. Wie steht Ihre Partei zur Vielzahl der sich auf dem Markt befindlichen Labeln?
3. Wie können Milchviehbetriebe, die vor allem in kleinstrukturierten Regionen ihre Rinder noch in Anbindehaltung haben, in ihren Bestrebungen, die Haltungsbedingungen zu verbessern, durch die öffentliche Hand unterstützt werden?
4. Bedarf es aus Sicht Ihrer Partei eines generellen Verbots der Anbindehaltung?

V. Novellierung Düngeverordnung

Nach der Entscheidung des EUGH, Deutschland im Rahmen des Vertragsverletzungsverfahrens zu verurteilen, sehen auch wir Milchviehhalter mit noch mehr Sorge auf die weitere Entwicklung. Gerade in Gebieten, in denen Grünlandnutzung vorherrscht, kann die notwendige Nährstoffversorgung durch die Begrenzung der N-Zufuhr auf 170 kg aus organischen Düngemitteln oft nur durch Zukauf von Mineraldünger gewährleistet werden.

Fragen:

1. Welche Anstrengungen will Ihre Partei unternehmen, die Wiedereinführung der Derogationsregel schnell zu ermöglichen?
2. Wie steht Ihre Partei zu der Erweiterung von Ausnahmeregelung bezüglich der Festlegungen zu nach er DVO zu verwendenden Gülleausbringtechnik?

VI. Wolfsproblematik

Durch die zunehmende Wolfpopulation ist für Weidetiere das Risiko, gerissen zu werden, enorm gestiegen, die Entwicklung beispielsweise im Allgäu zeigt das in aller Deutlichkeit. Schutzmaßnahmen sind in aller Regel nicht bzw. auch mit einem sehr hohen Aufwand nur begrenzt in der Lage, Wolfsrisse zu verhindern. Neben den wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist vor allem auch die psychischen Belastungen für Mensch und Tier zu beachten.

Frage:

Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, Problemwölfe umgehend zu entnehmen?

Wir bauen auf ehrliche Antworten der Parteien, denn es geht um viel: nicht nur um die Zukunft unserer investitionsintensiven Betriebe, sondern auch um die Vitalität der ländlichen Räume. Insbesondere die Milchviehhaltung mit ihren vielen vor- und nachgelagerten mittelständischen Branchen besitzt eine starke Ankerfunktion für den ländlichen Raum.